

Entschließungsantrag

der CDU-Fraktion
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage „Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission 5/1“ der CDU-Fraktion, Drucksache 6/1796

Wort halten und Aufarbeitungsversprechen erfüllen

Der Landtag stellt fest:

Die Enquete-Kommission 5/1 "Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg" hatte deutlich gemacht, dass auch mehr als zwei Jahrzehnte nach der friedlichen Revolution erhebliche Defizite bei der Aufarbeitung bestanden. Mit dem im Februar 2014 fraktionsübergreifend verabschiedeten Abschlussbericht der Kommission wurden 80 Handlungsempfehlungen – gerichtet insbesondere an Landtag und Landesregierung – formuliert, mit denen diese Defizite bearbeitet werden sollten.

Einige der Handlungsempfehlungen wurden inzwischen umgesetzt; die Bearbeitung anderer steht noch aus. Auch auf dem jüngsten Treffen von Ministerpräsident Woidke mit Vertretern von DDR-Opferverbänden am 04.12.15 wurde eine gemischte Bilanz gezogen: Positiv hervorgehoben wurden hier unter anderem der Empfang des Ministerpräsidenten für die Überlebenden der Speziallager, das finanzielle Engagement der Landesregierung für das Menschenrechtszentrum Cottbus oder auch die ersten Schritte zur Unterstützung der Gedenkarbeit des ehemaligen Militärgefängnisses Schwedt. Zugleich wurde hier auf noch ausstehende Umsetzungs-Aufgaben aus den Handlungsempfehlungen aufmerksam gemacht sowie ergänzende Vorschläge zur Unterstützung der Aufarbeitung unterbreitet.

Der Landtag bekennt sich dazu, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Bewältigung ihrer Folgen – insbesondere für Verfolgte und Opfer – weiterhin von großer Bedeutung sind und durch geeignete Initiativen und Maßnahmen vorangetrieben werden müssen.

Maßgeblich sind hierbei weiterhin die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission; insbesondere Folgendes soll baldestmöglich von Landesregierung bzw. Landtag angegangen werden:

Datum des Eingangs: 15.12.2015 / Ausgegeben: 15.12.2015

- **Auf Verbesserungen bei Rehabilitierungsverfahren hinwirken**

Durch geeignete Maßnahmen soll darauf hingewirkt werden, die scharfe Kritik des Bundesverfassungsgerichts an Rehabilitierungsverfahren in Brandenburg (2 BvR 2063/11) aufzugreifen und die angesprochenen Verfahrensmängel zu beheben. In dem genannten Einzelfall wurden vom BVerfG Verfahrensfehler kritisiert, die nachweislich auch in zahlreichen anderen Verfahren zum Tragen kamen. Hierbei geht es insbesondere um die Hinzuziehung von Zeugen und Sachverständigen sowie die mündliche Anhörung des Antragstellers.

- **BGH-Urteil zur Bodenreform konsequent umsetzen**

Dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 07.12.2007, das dem Land Brandenburg beim Umgang mit Bodenreformland „sittenwidriges Verhalten“ bescheinigte, ist aus politischer und moralischer Verantwortung weiterhin Rechnung zu tragen. Unverändert besteht die Pflicht des Landes zur Rückgabe der vom BGH-Urteil betroffenen Grundstücke an die rechtmäßigen Eigentümer. Für die noch nicht zurückgegebenen Flächen soll die Landesregierung professionelle Erbenermittler beauftragen und im Erfolgsfall die ansonsten den Erben entstehenden Kosten übernehmen. Zusätzlich sind geeignete Verfahren zu entwickeln und umzusetzen, um allen Betroffenen, denen bei dem Entzug von Bodenreformflächen schwerwiegende finanzielle oder andere Härten entstanden sind, unbürokratisch helfen zu können.

Der Landtag bekräftigt die Auffassung der Enquetekommission, dass alle vom Land auf der Grundlage von Art. 233 EGBGB angeeigneten Bodenreformflächen an ihre früheren Eigentümer oder deren Erben zurückzugeben sind. Entsprechend ist ein grundsätzliches Veräußerungsverbot für diese Flächen von der Landesregierung einzuhalten. Für die vom BVVG-Urteil vom 7.12.2007 nicht erfassten Flächen soll die Landesregierung auf Grundlage des Staatsvertrages vom März 2013 einen Verfahrensvorschlag für ein geeignetes Rückgabeverfahren an die Neusiedlererben entwickeln.

- **Dopingopfer unterstützen**

Die Unterstützung für DDR-Doping-Opfer muss verstärkt werden. Insbesondere sollen hierzu Beratungsangebote für die stetig steigende Anzahl von unterstützungssuchenden Betroffenen aufgebaut bzw. erweitert werden. Im Rahmen der politischen Bildungsarbeit, insbesondere an Sportschulen, sollten zudem die Funktionsmechanismen des DDR-Sports – allen voran das Doping-System – stärker deutlich gemacht werden.

- **Handlungsempfehlungen im Bereich Bildung umsetzen**

Geschichte, Erinnerungskultur und Aufarbeitung müssen einen festen Bestandteil des Unterrichtsalltags an Brandenburger Schulen darstellen, insbesondere durch:

- die Aufstockung der Zahl der Gedenkstättenlehrer, nachdem der konkrete Bedarf in Zusammenarbeit mit der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, den Opferverbänden, den Trägern der politisch-historischen Bildung sowie den regionalen Trägern von Erinnerungs- und Gedenkstätten ermittelt wurde,

- den Ausbau, die professionelle Anleitung und Begleitung sowie angemessene Finanzierung der Zeitzeugenarbeit an Schulen,
- die Verbesserung der finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für Besuche von Gedenkstätten und außerschulischen Lernorten durch Schülerinnen und Schüler in Brandenburg.

- **Erhebungen durchführen**

Der Landtag beabsichtigt, die von der Enquetekommission empfohlene Beauftragung und Veröffentlichung einer umfassenden repräsentativen Erhebung zu grundsätzlichen und aktuellen Fragen, Einstellungen und Bewertungen der Brandenburgerinnen und Brandenburger im regelmäßigen Abstand von zwei bis drei Jahren in eigener Verantwortung durchzuführen („Brandenburg-Monitor“).

Geprüft werden soll zudem der Vorschlag der Opferverbände, eine Sozialstudie über die aktuellen Lebensverhältnisse ehemals politisch Verfolgter und ihrer Familien im Land Brandenburg in Auftrag zu geben.

- **Stärkung der Arbeit der LAKD**

Die Arbeit der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur ist unverzichtbar für die Umsetzung vieler Handlungsempfehlungen der Enquetekommission 5/1. Dies gilt für die fachliche Beratung und Betreuung der Opfer der SED-Diktatur wie für die unvermindert notwendige Öffentlichkeitsarbeit und das Erarbeiten von Empfehlungen für Kommunen und kommunale Mandatsträger zum Umgang mit der DDR-Vergangenheit.

Der Landtag erklärt hiermit seine Absicht, die Arbeitsmöglichkeiten der Aufarbeitungsbeauftragten weiter zu verbessern und wird die hierzu erforderlichen zusätzlichen Mittel und Stellen im nächsten Doppelhaushalt im Einzelplan 01 veranschlagen. Auch der vor kurzem eingerichtete Härtefallfonds ist aufzustocken.

Ingo Senftleben
für die CDU-Fraktion

Axel Vogel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Peter Vida
für die BVB / FREIE WÄHLER Gruppe